

Protokollerklärung der SPD – Fraktion (GFG 2011) in der Ratssitzung vom 17.02.2011

Das Gemeindefinanzierungsgesetz in NRW hat die kommunalpolitische Funktion, Bedarfs- und Finanzunterschiede der Kommunen auszugleichen. Dafür sind klare Kriterien festgelegt, die in regelmäßigen Abständen den aktuellen Gegebenheiten anzupassen sind – die Kommunen bilden damit eine sog. Solidargemeinschaft.

Solidarität ist laut Definition eine Haltung der Verbundenheit mit Zielen anderer durch die Zusammenarbeit zwischen gleichgestellten Gruppen und den Einsatz für gemeinsame Werte.

Aus dieser Solidarität hat sich die abgewählte Schwarz – Gelbe Landesregierung in ihrer 5-jährigen Regierungszeit leider verabschiedet.

Damit es nicht falsch verstanden wird: Auch die SPD Havixbeck war über die Modellrechnung kurz vor Weihnachten überrascht und geschockt. Wir freuen uns nicht über die Kürzung der Schlüsselzuweisungen. Auch wir hätten uns eine frühere Information gewünscht. Aber es geht doch letztlich um Fakten:

Der Verfassungsgerichtshof hat den Landesgesetzgeber verpflichtet, die Grundlagen des GFG regelmäßig zu überprüfen – und zwar mindestens einmal pro Legislaturperiode. Das ist zuletzt im Jahr 2003 auf der Grundlage des Jahres 1999 geschehen. Trotz des Wissens um grundlegende Entwicklungen und Verschiebungen haben CDU und FDP eine Anpassung nicht vorgenommen – und das ist eigentlich das Verantwortungslose, das man nun versucht den Nachfolgern in die Schuhe zu schieben.

Bei allem Ärger:

Haben denn nicht auch die bisher benachteiligten Kommunen ein Recht auf eine korrekte Verteilung der Zuweisungen? und

Ist die bisherige verantwortungslose Verschleppung der Entscheidung ein Argument dafür, eine korrekte Verteilung noch weiter hinauszuschieben – nur weil die eigene Kommune deshalb weniger Geld bekommt?

Jede weitere Verschleppung macht die Sache nur noch schlimmer und noch brisanter.

Die SPD sieht auch den Bund in der Pflicht. Anstatt ständig Steuersekungen zu propagieren, sollte sich der Bund künftig endlich stärker an den Soziallasten beteligen - sie sind schließlich von ihm veranlasst. Die bisherige Verweigerungshaltung trägt maßgeblich zur Verschärfung der Situation der Kommunalfinanzen bei. Selbst Herr Laumann (CDU Landesfraktionsvorsitzender) hat seine Bundespartei kürzlich nachhaltig dazu aufgefordert.

Aus unserer Sicht beschreitet die Landesregierung den richtigen Weg. Ich empfehle allen, die sich mit der Thematik ernsthaft auseinandersetzen wollen, die Lektüre des Schreibens des Ministers an die kommunalen Spitzen, in dem dezidiert auf alle in der vorliegenden Resolution genannten Kritikpunkte sachgerecht eingegangen wird. Hätten die Verfasser der Resolution das getan, dann müsste sie einen anderen Inhalt haben.

Wir werden nicht diejenigen unterstützen, die jetzt ein lautes Geschrei anstimmen, um ihre eigenen Fehler zu vertuschen und ihnen auch nicht helfen, ihre Verantwortung, der sie nicht gerecht geworden sind, auf andere abzuschieben.